

Demokratie-Erziehung

Bündnis in Hessen fordert: „Kinder und Jugendliche müssen mitreden dürfen“

Aktualisiert: 10.05.21 - 18:27



Allein zuhause und aus dem Blick: Kinder und Jugendliche aber wollen mitreden.

© AFP

40 Organisationen aus Hessen machen sich für die Teilhabe der jungen Generation stark - und mahnen mehr Demokratie im Alltag an.

Jugendzentren geschlossen, Schulen zu, Kinos und Sporthallen sowieso: In der Corona-Pandemie waren und sind Kinder und Jugendliche häufig isoliert und abgehängt. „Man hat das alles über die Köpfe der Jungen hinweg entschieden, sie wurden nicht gefragt“, beklagt der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafenecker.

Nun fordern 40 Organisationen, die sich in einem Bündnis für Demokratiebildung zusammengeschlossen haben, mehr Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen. Demokratie müsse im Alltag erlebt werden können, mahnen sie.

„Die Jungen und Mädchen haben eine eigene Meinung, wir müssen ihre Expertise nutzen“, sagte Christa Kaletsch, die in Hessen das Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ leitet. Es sei wichtig, junge Menschen zu stärken, in dem man ihre Aktivitäten wahrnehme und würdige. Dazu gehöre natürlich auch Sport, gemeinsames Feiern und anderes mehr. „Sie wollen nicht immer allein auf das Schüler- und Schülerin-Sein reduziert werden“, so Kaletsch.

Gemeinsam

Das hessische Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ wurde im November 2019 gegründet.

40 Organisationen wie die Sportjugend, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die GEW, die Diakonie und viele weitere gehören ihm an. pgh

Es sei wichtig, die Kinder und Jugendlichen zu fragen, wie es ihnen gehe, wie sie die Corona-Pandemie erlebten und wie sie damit umgehen könnten, erklärte Angelika Ribler von der hessischen Sportjugend, die als eine von 40 Organisationen dem Bündnis für „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ angehört. Gerade auch in Sportvereinen könne viel für mehr Mitsprache getan werden, beispielsweise indem man frage, wie das Training künftig gestaltet werden könne. Gerade auch dann, wenn die Einschränkungen wegen Corona weniger würden.

„Man macht aus ihnen keine Freunde der Demokratie, wenn man über die Köpfe der Kinder und Jugendlichen hinweg entscheidet“, mahnte auch Hafener. Wichtig sei nun, den Neustart nach der Pandemie für mehr Beteiligung zu nutzen. So könnten beispielsweise die Sportvereine gemeinsam mit ihren gerade auch jungen Mitgliedern ein großes Fest organisieren und dazu möglichst viele Menschen einladen, auch solche, die (noch) nicht dem Verein angehörten. Damit könne auch dem Mitgliederverlust der vergangenen Monate entgegengesteuert werden.

Auch in der Schule müsse mehr für die Demokratieerziehung getan werden, forderte Helmolt Rademacher von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. Nötig seien mehr Fortbildungen für Lehrkräfte. Hafener regte an, zusätzliche Workshops in den Schulen und anderen Bildungsstätten anzubieten. Die Lehrkräfte würden häufig allein gelassen, wenn es etwa um den Umgang mit Rassismus oder Antisemitismus gehe, erklärte Christa Kaletsch. Nötig sei daher, so Rademacher, dass Demokratieerziehung zu einem verpflichtenden Bestandteil auch der Lehrkräfteausbildung werde.

Mit dem Aufbauprogramm, für das die Bundesregierung zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellt, sollten nicht nur Nachhilfestunden in Mathematik oder anderen Schulfächern finanziert werden. Gut sei, so Ribler, dass damit die Vereine auch Schnupperkurse anbieten könnten. Auch dabei, sagte sie, sollten dann Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Es gehe darum, die Alltagsdemokratie in allen Bereichen erlebbar zu machen.

<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/buendnis-in-hessen-fordert-kinder-und-juendliche-muessen-mitreden-duerfen-90530089.amp.html>